

Wenn Geld das Klima aufheizt

Autor(en): **Lüthi, Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2018)**

Heft 1: **Klimapolitik : die Zeit drängt**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-760292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wenn Geld das Klima aufheizt

Der Schweizer Finanzplatz pumpt Milliarden in die Kohle-, Erdgas- und Erdöl-industrie und verursacht 22 Mal so viele Treibhausgasemissionen wie die Schweiz direkt ausstösst. Es ist darum besonders relevant, die Geldflüsse der Finanzinstitute mit den Schweizer Klimazielen in Einklang zu bringen.



Von **Christian Lüthi**
Geschäftsführer der Klima-Allianz,
christian.luethi@klima-allianz.ch

Für die Schweiz als kleines Land mit einem grossen Finanzplatz ist es besonders gefährlich, dass der finanzpolitische Umgang mit Klimarisiken unklar und kaum geregelt ist. Obwohl das Bundesamt für Umwelt (BAFU) vor Klimarisiken warnt, setzt der Bund lediglich auf Freiwilligkeit und riskiert, dass die Schweiz gegenüber der EU zurückfällt.

- Der Bundesrat macht im Gegensatz zur EU keine Anstalten, den Pensionskassen per Gesetz deutlich zu machen, dass ihre treuhänderische Pflicht und Verantwortung auch und insbesondere für den Umgang mit Klimarisiken gilt.
- Die EU übernimmt voraussichtlich die in Frankreich geltende Offenlegungspflicht von Klimarisiken. Aus Sicht des Bundesrates ist eine solche Transparenz für Pensionskassen lediglich optional.
- Die EU diskutiert derzeit, wie die Finanzaufsicht Klimarisiken berücksichtigen soll. Will die Schweiz also nicht zum Magneten für Klimarisiken werden, müssten die Mandate der Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA und der Schweizerischen Nationalbank ebenfalls entsprechend überarbeitet werden.

Wer in Fossile investiert, riskiert Verluste

Genauso wie die Schwerkraft bleiben auch die physikalischen Eigenschaften von Treibhausgasen eine Konstante. Es gibt somit kein Szenario, bei dem Investitionen in Kohleminen, Erdölbohrungen und Erdgaspipelines ohne Folgen bleiben würden. Wird die globale fossile Infrastruktur künftig weiter genutzt, so sind solche Investitionen den Folgen gefährlicher Klimaextreme ausgesetzt, dies mit entsprechenden finanziellen Verlusten nach z.B. Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und anderen Klimakatastrophen.

Bleiben Kohle, Erdöl und Erdgas hingegen im Boden – weil die Politik handelt oder weil Erneuerbare und Energiespeicher die fossilen Energieträger über den Preis überflüssig machen – so verlieren Investitionen in klimaschädliche Branchen an Wert, insbesondere in fossile Energieunternehmen wie Exxon Mobil, Shell,

BP, Total und Chevron. Namentlich für Pensionskassen mit der Aufgabe, Renten über mehrere Jahrzehnte zu sichern, sind Investitionen in klimaschädigende Industrien also geradezu selbstzerstörerisch.

Versicherte wehren sich

Die Bank kann man wechseln, nicht aber die Pensionskasse. Doch es gibt eine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen: Arbeitnehmende und Arbeitgeber sind im Stiftungsrat jeder Pensionskasse paritätisch vertreten. Dieser bestimmt die Anlagestrategie und kann damit auch den Abzug von Investitionen aus den dreckigsten Unternehmen beschliessen.

Einige Schweizer Pensionskassen zeigen zum Teil seit Jahrzehnten, dass eine Anlagestrategie ohne Investitionen in fossile Energieunternehmen möglich ist. Umso mehr erstaunt es, dass die Pensionskassen der öffentlichen Angestellten immer noch viel Geld in die Kohle-, Erdöl- und Erdgasindustrie fliessen lassen. Darunter auch die Kassen einiger grosser Schweizer Städte, die sich Nachhaltigkeit zum Ziel gesetzt haben, dabei aber bislang ihre Pensionskassen und deren Investitionen nicht unter die Lupe genommen haben.

Erste Erfolge zeichnen sich ab

Für eine Änderung der Anlagestrategie einer Pensionskasse braucht es aufgrund der paritätischen Vertretung nicht nur die Regierung (als Arbeitgeberin), sondern auch die Zustimmung der Versicherten und der durch sie gewählten Stiftungsräte. Aktuell baut fossil-free.ch gemeinsam mit der Klima-Allianz mehrere lokale sogenannte Divest-Gruppen für öffentliche Pensionskassen auf: In Basel, St. Gallen, Luzern, Genf und Zürich beispielsweise setzen sich Versicherte bei ihrer Pensionskasse dafür ein, dass ihr Geld in klimafreundliche Anlagen fliesst.

Besonders erfreulich ist die Situation im Kanton Zürich, wo die BVK die Kantonsangestellten versichert. Dort kam es bereits zu ersten Treffen mit dem Stiftungsrat, mit welchem das Anliegen, in klimafreundliche Anlagen zu investieren, diskutiert werden konnte. Und als letztes Jahr der BKV-Stiftungsrat neu gewählt wurde, konnte ein wichtiger Erfolg erzielt werden: Als Vertreter der Arbeitnehmer wurden vier von neun Stiftungsräten gewählt, die den Abzug von Investitionen aus fossilen Energieunternehmen befürworten. Ein Schritt also in die richtige Richtung, der Hoffnung macht. <



NACHGEFRAGT BEI DR. JESSICA KIND, PRÄSIDENTIN FOSSIL FREE SWITZERLAND

Unsere Pensionskassen tragen zur Klimaerwärmung bei

Wie die Klima-Allianz Schweiz fordert fossil-free.ch einen Stopp von Investitionen in fossile Energien. Jessica Kind erklärt, warum ein solcher Schritt nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch ökonomisch sinnvoll für unsere Renten ist.



E&U: Welche Risiken sehen Sie bei Investitionen in fossile Energieunternehmen?

Um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen, darf ein grosser Teil der Reserven an Kohle, Erdöl und Erdgas nicht verbrannt werden. Die Rechnung ist einfach: Mehr als 80% aller Kohle, die Hälfte des Erdgases und ein Drittel des Erdöls müssen im Boden verbleiben, um die Erwärmung auf 2°C zu limitieren. Das wird dazu führen, dass die Bewertung von fossilen Brennstoffunternehmen sehr schlecht ausfallen wird. Für

den Finanzsektor hätte das Platzen der «Kohlenstoffblase» schwerwiegende Folgen.

E&U: Sie sehen auch die Pensionskassen in der Verantwortung. Inwiefern?

Stiftungsräte haften mit dem Privatvermögen für ein Unterlassen ihrer Sorgfaltspflicht. Doch Investitionen in Fossile haben nicht nur finanzielle Folgen. Gemäss Bundesamt für Umwelt befördern Schweizer Pensionskassen durch ihre Investitionen eine globale Klimaerwärmung von 4–6 Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Dabei ist zu beachten, dass die Schweiz sich etwa doppelt so stark erwärmt wie das

globale Mittel. Diese Erwärmung bedeutet für jüngere Versicherte ein Gesundheitsrisiko im Rentenalter. Es stellt sich hier die Frage nach der treuhänderischen Verantwortung: Verletzen Stiftungsräte und Kassenkommissionen mit einer Anlagestrategie, die im 2018 immer noch auf Kohle, Erdöl und Erdgas setzt, die Interessen der Versicherten?

E&U: Wie reagiert die Finanzbranche?

Namhafte Finanzspezialisten und -institute und auch die OECD warnen vor Investitionen in fossile Energieunternehmen. Als kleines Land mit einem grossen Finanzplatz hat die Schweiz ein grosses Interesse daran, die nächste Finanzblase rechtzeitig zu erkennen. Nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA konnten wir unsere Finanzinstitute retten – doch wir haben keine Garantie, dass uns dies auch beim Platzen der Kohlenstoffblase gelingen wird. Der Finanzplatz Schweiz und unsere Pensionskassen müssen endlich umdenken und in erneuerbare und nachhaltige Energien und Technologien investieren.

Auf renten-ohne-risiko.ch können Interessierte ihre Pensionskasse kontaktieren. Wer bei einer Divest-Gruppe mitmachen möchte, kann sich bei Sandro Leuenberger, sandro.leuenberger@klima-allianz.ch, melden.